



POLITISCHER KURZBERICHT / UKRAINE

## **Dunkle Wolken über der Ukraine – Steht die ‚orangene Koalition‘ vor dem politischen Bankrott?**

von Ralf Wachsmuth und André Drewelowsky,  
Außenstelle Kiew

Kiew, 19. Juni 2006

Die nunmehr seit 13 Wochen andauernden Bemühungen zur Bildung einer ‚orangenen Koalition‘ in der Ukraine sind möglicherweise endgültig gescheitert. Das Wahlbündnis Nascha Ukraina brach am 12. Juni die Koalitionsverhandlungen mit dem Block Julia Timoschenko (BJUT) und den Sozialisten ab – mit der Begründung, weitere Gespräche seien „ohne Perspektive“. Verantwortlich für die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen machte Nascha Ukraina diesmal nicht Julia Timoschenko, die man als „neue alte Premierministerin“ inzwischen zähneknirschend akzeptiert hatte, sondern den Sozialistenführer Moros, der um jeden Preis (und mit Zustimmung von Timoschenko, aber ohne vorherige Absprache mit Nascha Ukraina) das Amt des Parlamentspräsidenten für sich beanspruchte<sup>1</sup> – seine Partei war dafür sogar bereit, auf alle ihr bereits zugesprochenen Ministerposten zu verzichten und auch in Sachfragen größere Kompromissbereitschaft zu zeigen. Auf diesen Kuhhandel wollte Nascha Ukraina sich aber nicht einlassen und verwies dabei auch auf die Empfehlung des Präsidenten, bei der Ämterverteilung entsprechend dem Wahlergebnis vorzugehen und „den Willen des Volkes bei der Verteilung der Posten in Regierung und Parlament zu achten.“ Die Wahlallianz Nascha Ukraina war mit knapp 14% als zweitstärkste Kraft im ‚orangenen Lager‘ aus den Wahlen vom 26. März hervorgegangen (BJUT: 22,3%, Sozialisten: 5,7%) und kann deshalb den Anspruch auf

<sup>1</sup> Oleksandr Moros war bereits von 1994 bis 1998 Vorsitzender des ukrainischen Parlaments.

das zweitwichtigste Amt im Staat nach dem des Premierministers für sich erheben. Am besten abgeschnitten hatte die Partei der Regionen mit 32,1%.

Auch wenn Präsident Juschtschenko sich weiterhin für die Bildung einer ‚orangenen Koalition‘ einsetzt und die Verhandlungen zwischen BJUT, Nascha Ukraina und Sozialisten am 16. Juni wieder aufgenommen wurden, ist in der Ukraine noch immer alles offen. ‚Orange‘ in Reinkultur (BJUT, Nascha Ukraina, Sozialisten), ‚Blau-Orange‘ (Partei der Regionen, Nascha Ukraina), ‚Blau-Rot-Orange‘ (Partei der Regionen, Kommunisten, Sozialisten) – alles ist noch möglich.

Schlimmer kann es für die Ukraine zur Zeit kaum noch kommen: der unerträgliche Streit in Kiew hat ein Machtvakuum geschaffen, das in einigen Landesteilen zu fast anarchischen Zuständen führt und Wasser auf die Mühlen extrem rechter und linker Kräfte ist. Niemand vermag zu prognostizieren, ob die ‚orangenen‘ Parteien noch einmal den Elan und die Kraft aufbringen, sich im Interesse des Landes zusammen zu raufen und bis zum 27. Juni (der von der ukrainischen Verfassung gesetzten ‚Deadline‘) eine zumindest für eine Übergangsphase einigermaßen stabile Koalition auf die Beine zu stellen. Selbst auf die Gefahr hin, politischen Selbstmord zu begehen: das Modell einer Koalition zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen, der sich eventuell sogar die Sozialisten anschließen würden, um weiter in der Regierung zu bleiben, gewinnt angesichts der trostlosen Lage im ‚orangenen Lager‘ zunehmend an Attraktivität. Die Ukraine hat die Wahl zwischen Not und Elend.

### **Ukraine in der Krise – Politik tritt auf der Stelle**

Fast drei Monate sind seit der Parlamentswahl vergangen, und die Ukraine hat noch immer keine neue Regierung. Und das in einer Zeit, in der das Land in mehreren Krisen gleichzeitig steckt: Das Wirtschaftswachstum liegt

noch immer knapp unter 3% (gegenüber 12% im Jahre 2004), weist aber eine leichte Verbesserung auf, massive Preiserhöhungen für Strom, Gas und Transportmittel und eine allmählich vom Trab in den Galopp übergehende Inflation von z.Zt. etwa 8% drücken auf die Stimmung. Die Beziehungen zu Russland haben einen Tiefstand erreicht und eine Aussicht auf Besserung ist angesichts der NATO-Beitrittspläne der Ukraine in weite Ferne gerückt. Der Kampf um die Ukraine zwischen den USA und Russland geht in seine entscheidende Phase und birgt das Potenzial für einen neuen Kalten Krieg in Europa in sich. Der Streit mit Russland über die Gaspreise und Leitungssysteme wird sich verschärfen. Er ist zur Zeit aus Mangel an mit der nötigen Autorität ausgestatteten Gesprächspartnern in der Ukraine erst einmal vertagt worden, obwohl mit den Verhandlungen schon längst hätte begonnen werden müssen. In der Ost- und Südukraine haben einige Oblastparlamente und Stadträte das Russische zu ihrer „Regionalsprache“ erklärt, obwohl laut Verfassung das Ukrainische die einzige Amtssprache des Landes ist.

Erst vor wenigen Tagen mussten die Amerikaner aufgrund anhaltender Anti-NATO-Proteste einiger hundert Demonstranten ihre am 28. Mai zur Vorbereitung des alljährlichen „See Breeze“-Manövers auf der Krim eingetroffenen 225 Marinesoldaten bis auf ein kleines Kontingent, das die Container bewacht, unverrichteter Dinge zurück in die USA schicken. Ob das ukrainisch-amerikanische Manöver, das völlig unproblematisch regelmäßig bereits seit Jahren im Rahmen des „Partnership for Peace“ unter Beteiligung zahlreicher weiterer NATO- und nicht-NATO-Staaten stattfindet, im Juli durchgeführt werden kann, ist fraglich. Der Termin für das ukrainisch-britische Manöver „Tight Knot“ ist vorsichtshalber auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Tatsache, dass ein Häufchen ewig Gestriger – Anhänger der Partei der Regionen, der Kommunisten und des Blockes Witrenko –, angespornt von russischen Duma-Abgeordneten, wie z.B. dem

radikalen Polit-Clown Schirinowski, über mehrere Tage ungestört von der machtlosen Staatsführung in Kiew den Hafen von Feodosija blockieren konnte, die Regierung in Kiew in die Knie zwang und es schaffte, in das Blickfeld der Weltpresse zu gelangen und ein eher harmloses Manöver zu einer Schicksalsfrage für die Nation hoch zu stilisieren, ist symptomatisch für den derzeitigen politischen Stillstand in der Ukraine, 18 Monate nach der ‚orangenen Revolution‘.

Die Unfähigkeit der politischen Kräfte – vor allem des Wahlbündnisses Nascha Ukraina –, sich für eine Koalitionsvariante zu entscheiden und konstruktive Koalitionsverhandlungen zu führen, blockiert den demokratischen Prozess in der Ukraine. Das neue ukrainische Parlament war bislang in erster Linie damit beschäftigt, sich selbst zu vertagen. Die erste Sitzung der fünften Werchowna Rada am 25. Mai bestand im Grunde genommen nur aus einer blumigen Rede Viktor Juschtschenkos und blieb ebenso ergebnislos wie die zweite Sitzung am 7. Juni, die Mykola Kateryntschuk (Nascha Ukraina, derzeit Mitglied des provisorischen Parlamentspräsidiums) bereits nach rekordverdächtigen drei Minuten gegen den Widerstand von Kommunisten und Abgeordneten der Partei der Regionen mit der Erklärung beendete, die ‚orangenen Kräfte‘ bräuchten noch Zeit für die Bildung ihrer Koalition. Doch trotz dieses Zeitnachschlags waren Nascha Ukraina, BJUT und Sozialisten bisher nicht in der Lage, ihre Differenzen aus dem Weg zu räumen. Zum Stein des Anstoßes wurde zuletzt in erster Linie der Posten des Parlamentspräsidenten – jenes Amt, das nach der Umwandlung der Ukraine von einer präsidentiellen in eine parlamentarische Demokratie zu einem begehrten, weil einflussreichen Job in der postrevolutionären Ukraine geworden ist. Uneinigkeit herrscht auch weiterhin über den außenpolitischen Kurs der Ukraine: Die Sozialisten lehnen einen NATO-Beitritt ihres Landes ab und bestehen auf einem Referendum, während Nascha Ukraina und BJUT den begonnenen euroatlantischen Integrationskurs fortsetzen

und sogar beschleunigen wollen. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik trennen die Koalitionäre Welten. Die Vorstellungen der Hohepriesterin des Sozialpopulismus, Julia Timoschenko, mit ihrem Hang zu Sozialprogrammen und staatlichen Eingriffen ins Marktgeschehen, und der Sozialisten, die sich vehement gegen eine längst überfällige Bodenreform stemmen und am liebsten Elemente der Planwirtschaft wieder einführen würden, stehen den eher liberal-marktwirtschaftlichen Konzepten von Nascha Ukraina konträr gegenüber. Die Selbstherrlichkeit und Starrköpfigkeit der ‚Orangenen‘ im Personalgerangel und in Sachfragen führten schließlich zum Abbruch der Koalitionsverhandlungen durch Nascha Ukraina am 12. Juni. Der taktisch kluge Schachzug von Sozialistenchef Moros, während der dritten Parlamentssitzung am 14. Juni medienwirksam großzügig den Verzicht auf den Parlamentsvorsitz zu verkünden und den Schwarzen Peter Nascha Ukraina wieder zuzuschieben, wird wahrscheinlich die Risse im ‚orangenen Lager‘ nicht mehr kitten können. Julia Timoschenko nutzte ihren Rada-Auftritt dazu, Nascha Ukraina die Tür für weitere Koalitionsverhandlungen fürs erste vor der Nase zuzuschlagen. Einige Tage später erfolgte ein Sinneswandel. Am Wochenende wurden die Verhandlungen auf Vorschlag von Moros wieder aufgenommen.

### **Nascha Ukraina erwägt offiziell Verhandlungen mit der Partei der Regionen**

Am Abend des 13. Juni entschieden der politische Rat des Wahlbündnisses Nascha Ukraina und die Fraktion,<sup>2</sup> ab sofort Koalitionsverhandlungen mit allen im Parlament vertretenen Kräften zu führen. Diese Nachricht wurde von der Presse und selbstverständlich auch von Frau Timoschenko als offizieller Startschuss für Koalitionsgespräche zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen interpretiert. In der Tat will Nascha Ukraina offiziell mit ihrem einstigen Erzfeind

aus Zeiten der ‚orangenen Revolution‘ verhandeln, falls die Partei der Regionen drei Bedingungen erfüllt: Sie soll auf die Forderung nach der Einführung des Russischen als zweiter Amtssprache ebenso verzichten wie auf ihre Absicht zum Aufbau einer föderativ strukturierten Ukraine, und sie soll ihre Anti-NATO-Haltung aufgeben. Sollte die Partei der Regionen zu Zugeständnissen in diesen für sie sensiblen Politikfeldern bereit sein, könnte sich Nascha Ukraina durchaus auf ein gemeinsames Regierungsprogramm mit dem ‚blauen Lager‘ einigen. Auch in den Personalfragen könnte möglicherweise schnell Einigkeit hergestellt werden: Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist zu vernehmen, dass der noch amtierende Premierminister Jurij Jechanuwow Regierungschef bleiben soll, während Viktor Janukowytsch, Vorsitzender der Partei der Regionen, sich mit dem Posten des Parlamentspräsidenten begnügen würde. Eine Koalition zwischen Nascha Ukraina und der Partei der Regionen könnte sich theoretisch auf eine komfortable Mehrheit im Parlament stützen (267 von 450 Sitzen; im Vergleich dazu die ‚orangene‘ Koalition: 243 Sitze).

Im Gespräch ist auch eine Koalition zwischen der Partei der Regionen, den Kommunisten und den Sozialisten, die zusammen auf 240 Parlamentssitze käme. Alle drei Parteien verbindet zum Beispiel die Ablehnung des NATO-Beitritts der Ukraine und eine gewisse Sympathie für eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der GUS bis hin zur Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums unter der Führung Russlands.

### **Dreh- und Angelpunkt Nascha Ukraina**

Wenn die politischen Kräfte nicht in der Lage sein sollten, innerhalb der nächsten acht Tage eine tragfähige Regierungskoalition zu konstruieren, hat Präsident Juschtschenko nach der Verfassung das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. An Neuwahlen kann Nascha Ukraina kein Interesse haben, da sie in den letzten Wochen

<sup>2</sup> mit nur zwei Gegenstimmen (von den Abgeordneten Mykola Kateryntschuk und Ruslan Knjasewytsch)

weiter an Zuspruch verloren hat. Sollte sie gar eine Koalition mit der Partei der Regionen eingehen, ist eine Spaltung nicht auszuschließen. Die Fraktion Nascha Ukraina ist kein homogener Block, sondern setzt sich aus verschiedenen kleineren Parteien zusammen, die eigene Interessen vertreten (z.B. die Partei der Industriellen und Unternehmer von Kinach) und bestimmte Wählerschichten ansprechen. Der eher nationaldemokratisch orientierte Flügel der Fraktion, die Partei Ruch von Außenminister Tarasjuk, die ihre Wähler vorwiegend im Westen hat, könnte einer Koalition mit den verhassten ‚Blauen‘ kaum zustimmen und würde die Fraktion eventuell verlassen und sich an Batkiwtschyna anlehnen. Die o.g. Kinach-Partei dagegen dürfte mit einer Verbindung mit der Partei der Regionen die geringsten Probleme haben. Insofern hat der Berater von Julia Timoschenko und Parlamentsabgeordnete Gregori Nemirysch schon Recht, wenn er eine Spaltung und den Zerfall der Fraktion Nascha Ukraina am Horizont heranziehen sieht. Er verschweigt allerdings, dass es auch in seiner Partei Batkiwtschyna eine Reihe von Business-Leuten und unabhängigen Abgeordneten gibt, die – wenn es die Situation erfordert – ehe man sich versieht aus privaten Wirtschaftsinteressen flugs zu einer Koalition Nascha Ukraina / Partei der Regionen überlaufen würden. Mit einem ähnlichen Problem müssten sich auch die Sozialisten herumplagen, in deren Fraktion sich auch einige finanzkräftige Vertreter befinden, die kein Interesse daran haben, in Zukunft von der Verteilung der Pfründe ausgeschlossen zu werden. Der zur Schau gestellte Optimismus der Partei der Regionen, eine Koalition von etwa 300 Abgeordneten auf die Beine stellen zu können, scheint nicht unbegründet zu sein.

Im Übrigen sollte man mit dem Begriff „präsidentennahe Partei Volksunion Nascha Ukraina“ vorsichtig umgehen. Präsident Juschtschenko hat sich seit der Gründung der Partei im März 2005 zunehmend von ihr distanziert. Das heißt, die Position der Partei ist nicht immer identisch mit der Meinung des Präsi-

denten. Die Gründung der Volksunion Nascha Ukraina im vergangenen Jahr geschah auf Initiative von Juschtschenko. Seine Absicht war, aus der Wahlallianz und Parlamentsfraktion Nascha Ukraina eine starke Mitte-rechte Volkspartei nach westlichem Vorbild zu formen. Doch dieses Projekt, eine Partei von oben nach unten aufzubauen, scheiterte aus unterschiedlichen Gründen. Der noch-Premier Jechanurow, Bessmertny, Swarytsch und vor allem der Unternehmer Poroschenko, den eine fast pathologische Hassliebe mit Timoschenko verbindet (umgekehrt genau so), scheinen derzeit in der Partei den Ton anzugeben. Juschtschenko hat es in den turbulenten Septembertagen 2005 versäumt, in der Partei für klare Verhältnisse zu sorgen, indem er skandalumwitterte Personen aus seinem engsten Umfeld, wie Poroschenko, Martynenko und Tretjakow, in die Schranken verweist und überzeugt, auf öffentliche Ämter zumindest vorübergehend zu verzichten. Spätestens bei der Erstellung der Wahllisten der Volksunion Nascha Ukraina hätte er ein Machtwort sprechen müssen. Doch der Einfluss des Präsidenten auf den Kurs der Volksunion Nascha Ukraina wurde im Laufe der Zeit immer geringer. So nahm das Unheil seinen Lauf. Die Partei schnitt bei den letzten Wahlen unerwartet schlecht ab, und ihr werden noch stürmische Zeiten bevorstehen.

### **Nascha Ukraina plus Partei der Regionen? Ein vertretbares Risiko**

Nascha Ukraina würde mit einer Koalition mit der Partei der Regionen ein unkalkulierbares, aber vertretbares Risiko eingehen. Denn die Alternative ist nicht viel besser. Die Partei hat die nicht einfache Wahl zwischen zwei Übeln. Denn auch eine Koalition mit Batkiwtschyna und den Sozialisten ist ein Tanz auf dem Hochseil ohne Fangnetz und wäre – da sind sich die Experten einig – nur eine Übergangslösung. Eine kurze, aber heftige Periode schöpferischen Chaos' von Julia Timoschenko als Premierministerin hat das Land im vergangenen Jahr bereits durchlitten. Auch die Sozialisten scheinen angesichts des

drohenden Machtverlusts von der Rolle zu sein: Erst kämpft Moros aus persönlichem Ehrgeiz um das Amt des Parlamentspräsidenten, verzichtet sogar auf Ministerposten für seine Partei in der Regierung und setzt den Fortgang der Koalitionsverhandlungen aufs Spiel, dann verzichtet er auf den Posten, um das Verhandlungsklima in der ‚orangenen Koalition‘ nicht weiter zu belasten. Stunden später fordert er Nascha Ukraina und die Partei der Regionen auf, so schnell wie möglich zu einer Koalitionsvereinbarung zu gelangen, um den wirtschaftlichen Abwärtstrend zu stoppen.

Wenn es nach einem Blick auf die Wahlliste der Partei der Regionen auch schwer fällt: eine Koalition ohne Einbindung der Partei der Regionen riskiert nicht nur ihr schnelles Ende, sondern auch eine vertiefte Spaltung des Landes. Aber auch in der ukrainischen Politik gilt: Am Ende zählt doch nur der Erfolg, der im Falle einer Koalition von Nascha Ukraina und Partei der Regionen hart und gegen zahlreiche Widerstände im Parlament, in den jeweiligen Parteien und in der Öffentlichkeit wird erkämpft werden müssen.

**Fazit:** In der Ukraine ist auch nach 13 quälenden Wochen weiterhin alles offen. ‚Orange‘ in Reinkultur, ‚Blau-Orange‘, ‚Blau-Rot-Orange‘ – alles ist noch möglich. Sicher ist nur eines: Wenn die Partei der Regionen auf der Regierungsbank Platz nimmt, geht Julia Timoschenko in die Opposition und bereitet sich und ihre Partei frühzeitig auf die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2009 vor. Sie kann auf der harten Oppositionsbank das fortsetzen, was ihr auf den Leib geschneidert zu sein scheint: Ihr Image als ‚Opfer‘ zu pflegen und Dolchstoßlegenden zu begründen. Für den Fall einer Koalition zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina hat die ‚eiserne Julia‘, die sich allen Ernstes als die ukrainische Ausgabe von Margret Thatcher sieht, bereits angekündigt, im Jahre 2009 als Präsidentschaftskandidatin gegen Viktor Juschtschenko anzutreten. Juschtschenkos Chancen, noch einmal Präsident zu werden,

sind nach heutigem Stand denkbar gering. Der immer noch zögerlich und schwankend wirkende Präsident hat bisher nicht die großen Erwartungen, die nach der ‚orangenen Revolution‘ an ihn geknüpft wurden, erfüllt und das Format unter Beweis gestellt, das ein Präsident benötigt, um dieses zwischen Ost und West hin und her gerissene Land zu einen, dem nach der ‚orangenen Revolution‘ eingeleiteten Wandel eine klare Richtung zu geben und den Menschen Perspektiven für eine bessere Zukunft aufzuzeigen.

Der byzantinische Kaiser Mavrikios (582-602) schrieb über die Vorfahren der Ukrainer: „Unter denen gibt es keine Eintracht. Sie sind zu Vereinbarungen nicht willig. Die einen können diese aber doch schließen, die anderen allerdings verstoßen fast sofort dagegen, da alle unterschiedlicher Meinung sind und keiner dem anderen nachgeben will. Da die Slawen viele Vorgesetzte haben, die sich nicht einig sind, entbehrt es nicht einer gewissen Logik, einige von ihnen mit Versprechungen oder Gaben für sich zu gewinnen, um dann die anderen zu überfallen.“ Ein Schelm, wer Parallelen zur heutigen Situation erkennt.

#### Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth

Mitarbeit: André Drewelowsky

wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine

Tel./Fax: (+380 44) 492 74 43 oder (+380 44) 253 75 04

e-mail: [konrad@adenauer.kiev.ua](mailto:konrad@adenauer.kiev.ua)

Internet: [www.kas.de/Ukraine](http://www.kas.de/Ukraine)